



Eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung und eine höhere Armutsrisikoquote gefährden die inklusive Wohlstandsverteilung in Deutschland.

Foto: ©istockphoto.com/erllre

Forschungsergebnisse

Digitalisierte Unternehmen besser für Krisenzeiten gewappnet

Schwerpunkt

Deutscher M&A-Index fällt seit Jahresbeginn

Nachgefragt

Welche Fortschritte macht Europa bei der Finanzmarktintegration?

„Wohlstand für alle“ geht in Deutschland an breiten Bevölkerungsschichten vorbei

„Wohlstand für Alle“ verspricht den Deutschen die Soziale Marktwirtschaft. Doch spätestens seit der Wiedervereinigung klaffen Anspruch und Wirklichkeit bei diesem Versprechen weit auseinander. So kommt vom jährlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums bei den unteren 40 Prozent der Gesellschaft mittlerweile kaum noch etwas an, während die höchsten Einkommen in den Jahren von 1991 bis 2014 jährlich um durchschnittlich 1,3 Prozent gewachsen sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle ZEW-Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Die deutsche Wirtschaft wächst seit Jahrzehnten stabil, der materielle Wohlstand hierzulande ist aktuell so groß wie nie zuvor. Gleichzeitig gefährden aber eine zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen sowie eine höhere Armutsrisikoquote die inklusive Wohlstandsverteilung, das heißt, breite Bevölke-

rungsschichten haben weder über steigende Arbeitseinkommen noch über Vermögenserträge einen Anteil am jährlich wachsenden Wohlstand.

Zur Bewertung und Analyse der Inklusivität der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland betrachten die ZEW-Wissenschaftler das Wirtschaftswachstum, die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung, Chancengerechtigkeit und Armutsrisiken seit Gründung der Bundesrepublik. Dabei wird sichtbar, dass die praktische Umsetzung des wirtschaftspolitischen Leitbilds der Sozialen Marktwirtschaft seit 1949 mit einer stabil positiven wirtschaftlichen Entwicklung einhergegangen ist. Rezessionen sind vor allem im Kontext externer wirtschaftlicher Schocks zu sehen.

Zudem hat die Bundesrepublik seit 1950 keine lang dauernde Phase negativen Wachstums erlebt: Auf Rezessionsjahre folgten

immer positive Anpassungen in den Folgejahren. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf eine strukturelle Robustheit wirtschaftspolitischer Institutionen in der Bundesrepublik hin.

Zugewinne höherer Einkommensschichten treiben Ungleichheit

Ein Treiber der wachsenden Ungleichheit sind die starken Zugewinne der höheren Einkommensschichten. Im Gegensatz dazu profitieren die unteren Einkommen kaum vom Wirtschaftswachstum. Das Einkommenswachstum der unteren 40 Prozent der Bevölkerung bleibt seit Ende der 1990er Jahre deutlich hinter dem Wachstum der durchschnittlichen Einkommen zurück.

Ein wichtiger Faktor zur Erklärung der Ungleichheitsentwicklungen ist neben dem Einkommen die starke Heterogenität der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Regionen in Deutschland. Bei der Chancengerechtigkeit ergibt sich ein relativ positives Bild: Lediglich 13 Prozent der Einkommensungleichheit lassen sich im Jahr 2014 auf die ungerechte Verteilung von Chancen zurückführen, während dieser Prozentsatz im Jahr 1992 noch bei 19 Prozent lag.

Aufgeschlüsselt nach verschiedenen Erklärungsfaktoren ergibt sich ein differenziertes Bild: Während die ZEW-Wissenschaftler positive Entwicklungen mit Blick auf die Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen feststellen, besteht auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ein großer Einkommensunterschied zwischen Menschen aus Ost- und Westdeutschland. Ein Faktor der sich ebenfalls in zunehmendem Maße auf die Ungleichheit auswirkt, ist die sozioökonomische Stellung des Elternhauses.

Trotz des Beschäftigungsbooms der vergangenen zehn Jahre hat sich die Armutsrisikoquote in Deutschland im betrachteten

Zeitraum (von 1962 bis 2015) von 9,8 Prozent auf 15,4 Prozent erhöht und aktuell einen Höchststand erreicht. Bei Betrachtung der historischen Entwicklung sind in bestimmten Zeiträumen unterschiedliche Gesellschaftsgruppen von Armut betroffen: Während in den Jahren des Wirtschaftswunders vor allem alleinstehende Rentner/innen von Armut bedroht waren, sind es am aktuellen Rand Einpersonenhaushalte im erwerbstätigen Alter. Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang auch die seit Ende der 1980er Jahre stark gestiegene Armutspersistenz zu bewerten. Lag die durchschnittliche Verweildauer unterhalb der Armutsrisikogrenze 1991 noch bei etwa 2,5 Jahren, so ist diese Dauer bis 2008 auf mehr als drei Jahre gestiegen.

Armuts- und Ungleichheitswerte dämpfen inklusive Wohlstandsentwicklung seit der Wiedervereinigung

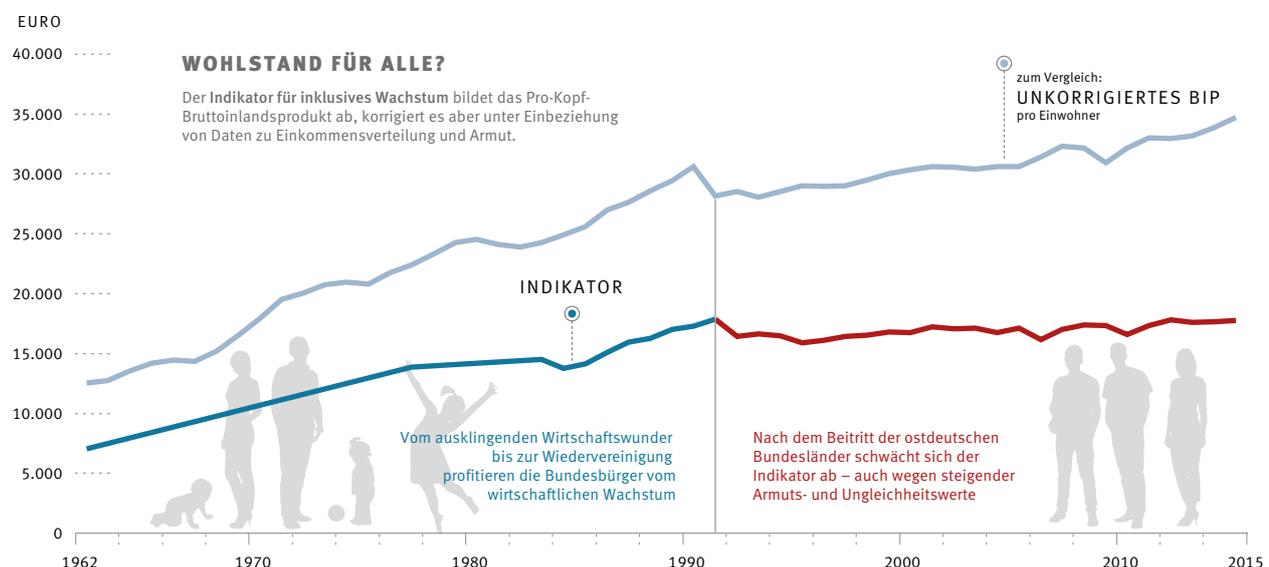
Um die Wohlstandsentwicklung und -verteilung seit den 1950er Jahren anschaulich zu machen, haben die ZEW-Wissenschaftler einen Indikator für inklusives Wachstum entwickelt, der die heterogenen Entwicklungen von Ungleichheit, Armut und Wirtschaftswachstum in Deutschland zusammenfasst. Der Verlauf des Indikators zeigt, dass die Wirtschaft der Bundesrepublik bis zum Vorabend der deutschen Wiedervereinigung stark und inklusiv gewachsen ist. Danach allerdings verläuft die Wohlstandssteigerung auf einem wesentlich flacheren Niveau. Möglichst viele Menschen an den Wohlstandsgewinnen in Zukunft teilhaben zu lassen, bleibt somit eine der zentralen Herausforderungen für eine tragfähige Soziale Marktwirtschaft.

Die Studie findet sich zum Download unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Soziogramm.pdf

Martin Ungerer, martin.ungerer@zew.de

INDIKATOR FÜR INKLUSIVES WACHSTUM



Quelle: Studie der Bertelsmann-Stiftung: „Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?“

Hoch digitalisierte Unternehmen sind für Krisenzeiten besser gewappnet

Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad waren weniger stark von der Krise in den Jahren 2008 und 2009 betroffen als gering digitalisierte Unternehmen. Dies gilt insbesondere für Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor, wie eine ZEW-Studie zeigt. Während stärker digitalisierte Unternehmen nur geringe Produktions- und Wachstumsrückgänge zu beklagen hatten, erlitten gering digitalisierte Unternehmen erhebliche Einbrüche.

Wirtschaftskrisen verursachen enorme wirtschaftliche und soziale Kosten, die unter anderem auf Unternehmensschließungen, hohe Arbeitslosenzahlen und ein geringeres Produktivitätsniveau zurückzuführen sind. Um diese Kosten senken zu können, ist es wichtig zu verstehen, welche Maßnahmen Unternehmen, Industrien und ganze Volkswirtschaften widerstandsfähiger gegen Krisen machen.

Eine dieser Maßnahmen ist die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als sogenannte „General-Purpose-Technologien“. Unternehmen, die digitale Technologien clever einsetzen, sind eher in der Lage, flexibel auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu reagieren und ihre Produktionsprozesse neu zu strukturieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Andererseits laufen Unternehmen, die bei der Einführung neuer Technologien hinterherhinken, Gefahr, aus dem Markt gedrängt zu werden. Der Einsatz von IKT und die sich daraus ergebende Innovationsfähigkeit könnten somit die Widerstandskraft von Unternehmen in Krisenzeiten verbessern. Aber überstehen stärker digitalisierte Unternehmen Krisen tatsächlich besser?

Mit dieser Frage beschäftigt sich die ZEW-Studie, die die Leistungsfähigkeit von Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad mit Blick auf deren Produktions- und Innovationsstärke untersucht und einen Vergleich zu gering digitalisierten Unternehmen zieht. Die ZEW-Wissenschaftler/innen werteten hierfür Daten zu zwölf EU-Ländern und sieben Industrien für den Zeitraum von 2001 bis 2010 aus.

Unternehmen, bei denen mindestens 40 Prozent der Belegschaft Zugang zu einer Breitband-Internetverbindung haben, wurden als digitalisierte Unternehmen eingestuft. Diese Kategorisierung spiegelt zwar nicht die vielfältigen Dimensionen der

Digitalisierung wider, in früheren Studien hat sich der Breitbandzugang allerdings als geeignetes Maß für den Digitalisierungsgrad erwiesen. In allen betrachteten Industrien wiesen die Unternehmen mit einem hohen Digitalisierungsgrad eine höhere Arbeitsproduktivität auf als weniger digitalisierte Unternehmen. Dabei fielen die Produktivitätsunterschiede während der Krise wesentlich größer aus als vor der Krise.

Arbeitsproduktivität digitalisierter Unternehmen hat sich während der Krise von 2008/09 kaum verringert

Den Ergebnissen der Studie zufolge waren Unternehmen mit einem hohen Digitalisierungsgrad weniger stark von der Wirtschaftskrise 2008/2009 betroffen als gering digitalisierte Unternehmen. Während sich die Arbeitsproduktivität und das Produktivitätswachstum bei Unternehmen mit einem hohen Digitalisierungsgrad kaum verringerten, verzeichneten gering digitalisierte Unternehmen erhebliche Produktivitätsverluste. Dies gilt vor allem für Unternehmen im Dienstleistungssektor, wie eine differenzierte Analyse von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen zeigt. Gleichzeitig gelang es höher digitalisierten Unternehmen, ihre relative Innovationsfähigkeit durch die Einführung von Prozessinnovationen zu verbessern. Bei den Produktinnovationen konnten während der Krise dagegen keine Veränderungen beobachtet werden, was auf eine geringe Nachfrage nach neuen Produkten und Diensten in Krisenzeiten zurückzuführen ist.

Unternehmen, die in digitale Technologien investieren und diese geschickt zu nutzen wissen, fällt es also leichter, sich an geänderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen und die Herausforderungen von Krisen zu bewältigen. Die Digitalisierung in europäischen Unternehmen voranzutreiben kommt daher nicht nur den Unternehmen selbst zugute, sondern sorgt auch für mehr Stabilität und Widerstandsfähigkeit ganzer Volkswirtschaften.

Die Studie findet sich in englischer Sprache zum Download unter: www.zew.de/PU79337

Prof. Dr. Irene Bertschek, irene.bertschek@zew.de
Dr. Patrick Schulte, patrick.schulte@zew.de

INHALT

„Wohlstand für alle“ geht in Deutschland an breiten Bevölkerungsschichten vorbei	1
Hoch digitalisierte Unternehmen sind für Krisenzeiten besser gewappnet.	3
Grenzbelastungen variieren im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem deutlich	4
Schwerpunkt M&A-Report	5

Kluge Verkehrspolitik ist technologieoffen	8
Nachgefragt: Welche Fortschritte macht Europa bei der Finanzmarktintegration?	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

Grenzbelastungen variieren im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem deutlich

Das deutsche Steuer-, Abgaben- und Transfersystem wird immer wieder als wachstums- und anreizfeindlich kritisiert. Dabei dreht sich die politische Debatte vor allem um den sogenannten „Mittelstandsbauch“ im Einkommensteuertarif. Wird das System aber insgesamt betrachtet, zeigt sich, dass die Debatte von viel größeren Fehlanreizen im Gesamtsystem ablenkt.

Ein zentrales Maß für die Anreizwirkung des Steuer- und Transfersystems ist die effektive Grenzbelastung. Diese gibt an, welcher Anteil eines zusätzlich verdienten Euros wieder abgegeben werden müsste. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat das ZEW für verschiedene Musterhaushalte sowie in einer repräsentativen Stichprobe die Höhe der effektiven Grenzbelastung in Deutschland untersucht.

Während der Einkommensteuertarif stark progressiv verläuft, wächst die effektive Grenzbelastung jenseits der Grundsicherung kaum noch mit den Einkommen. Weitgehend unabhängig von der Höhe des Einkommens pendelt die effektive Grenzbelastung dann zwischen 40 und 50 Prozent. An den Beitragsbemessungsgrenzen von Kranken- und Pflegeversicherung sowie Arbeitslosen- und Rentenversicherung fällt sie jeweils stark ab. Als Folge ist die progressive Wirkung des Einkommensteuertarifs mit Blick auf die marginale Gesamtbelastung kaum noch spürbar.

Für Menschen, die Transferleistungen beziehen, ist die Grenzbelastung von 80 bis 100 Prozent zudem sehr hoch, es bleibt also von jedem zusätzlich verdienten Euro fast nichts übrig. Ein höherer Verdienst führt für Haushalte mit Transferbezug teilweise sogar zu einem Rückgang des Einkommens. Selbst außerhalb des Transferbezugs kann die effektive Grenzbelastung für höhere Einkommen niedriger liegen als für Geringverdiener, wie

die Abbildung beispielhaft für Alleinverdiener-Paare zeigt. Daher ist es notwendig, die Verläufe der Grenzbelastung zu glätten, Sprungstellen zu beseitigen und Anreize für mehr Erwerbsarbeit und Lohnzuwachs zu schaffen. Dies ist insbesondere für die Einkommensgruppen mit Transferbezug zentral. Dabei gilt es Steuern, Sozialabgaben und Transfers so abzustimmen, dass sich Erwerbsarbeit immer lohnt. Deshalb simuliert die Studie verschiedene Reformoptionen mit dem Ziel, das Leistungsfähigkeitsprinzip im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem zu stärken und einen Beitrag zu inklusivem Wachstum zu leisten. Besonders gut schneiden dabei die Integration des Arbeitslosengeldes (ALG) II, des Wohngelds und des Kinderzuschlags in eine Transferleistung mit konstanter Transferentzugsrate von 60 Prozent ab, sowie die Umstellung des Ehegattensplittings auf ein Realsplitting.

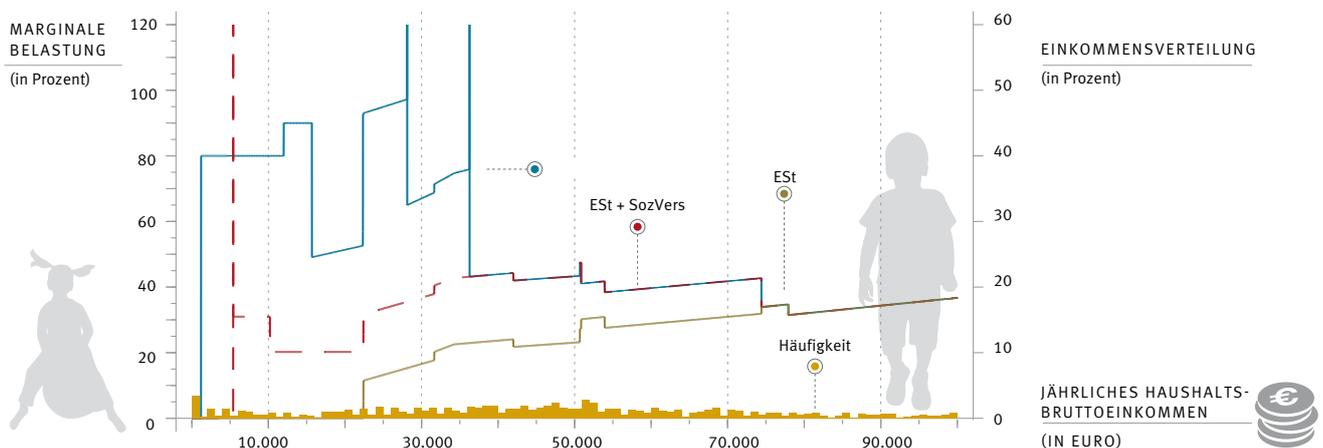
Beide Simulationen würden in der Praxis zu Beschäftigungszuwächsen bei gleichzeitig leichter Reduktion der Einkommensungleichheit führen. Die Umstellung auf ein Realsplitting, das die Grenzbelastung für die zweitverdienende Person mindert, würde zudem die Steuereinnahmen um 5,5 Milliarden erhöhen. Eine konstante Transferentzugsrate von 60 Prozent im Sozialbereich würde durch die Zusammenlegung von Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag einen geringeren Verwaltungsaufwand bedeuten.

Die Studie findet sich zum Download unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Steuer_und_Transfersystem.pdf

Florian Buhlmann, florian.buhlmann@zew.de
 Max Löffler, max.loeffler@wiso.uni-koeln.de
 Prof. Dr. Andreas Peichl, peichl@ifo.de

EFFEKTIVE GRENZBELASTUNG ALLEINVERDIENER-PAAR, ZWEI KINDER



Die Grafik zeigt die effektive marginale Grenzbelastung durch Steuern, Abgaben und Transferentzug, die Grenzbelastung durch Einkommensteuer und Sozialabgaben sowie die Grenzbelastung nur durch Steuern, bezogen auf das Jahresbruttoeinkommen eines Haushalts. Vertikale Balken zeigen die Häufigkeit des jeweiligen Einkommens in Prozent des jeweiligen Haushaltstyps. Quelle: ZEW-Mikrosimulationsmodell v.3.2.0., Bertelsmann-Stiftung

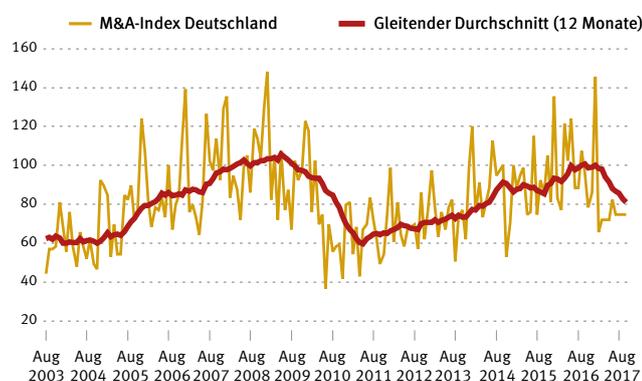


Schwerpunkt M&A-REPORT

Deutscher M&A-Index deutet Trendwende an

Nach einem starken Start zum Jahresanfang 2017 sinkt die Zahl der Übernahmen und Fusionen mit deutscher Beteiligung. Diese Entwicklung zeigt sich deutlich im ZEW-ZEPHYR M&A-Index, der die Anzahl der getätigten Transaktionen bei Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) in Deutschland widerspiegelt. War der Index im Januar 2017 mit einem Wert von 145 Punkten noch auf dem höchsten Stand seit Januar 2009,

ZEW-ZEPHYR M&A-INDEX DEUTSCHLAND



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

fiel er im Jahresverlauf auf 75 Punkte im Juli 2017. Der bislang anhaltende Aufwärtstrend bei M&A mit deutschen Unternehmen ist damit ins Stocken geraten. Auch der gleitende Zwölf-Monatsdurchschnitt des Index fiel auf 87 Punkte, der niedrigste Wert seit Oktober 2015. Zudem liegt das durchschnittliche Transaktionsvolumen im laufenden Jahr deutlich unter dem Durchschnitt vergangener Jahre.

Die größte Transaktion des ersten Halbjahres war der Verkauf der SAG Gruppe, einem Energiedienstleister, vom schwedischen Finanzinvestor EQT an den französischen Spie-Konzern für 850 Millionen Euro. Trotz des sich eher abkühlenden Marktes setzte sich die Konsolidierungswelle in der Chemiebranche weiter fort. Der Essener Evonik-Konzern erwarb für gut 100 Millionen Euro den Hamburger Kosmetikahersteller Dr. Straetmans GmbH.

Die kurioseste Übernahme im vergangenen halben Jahr war die des Berliner Arzneimittelhersteller Pedanios GmbH durch den kanadischen Marihuana-Produzenten Aurora Cannabis in Höhe von knapp 14 Millionen Euro. Die Kanadier spekulieren auf eine Legalisierung des Kannabiskonsums in der EU und wollen durch den Zukauf einen Fuß in den europäischen Markt setzen.

Nach der starken Wachstumsphase in den vergangenen Jahren könnte die Abkühlung der M&A-Aktivitäten ein Frühindikator für eine Sättigungsphase der Konjunktur insgesamt sein. Nach den großen Kursgewinnen an den Börsen weltweit könnten potenzielle Übernahmeziele womöglich zu hoch bewertet sein. Dies hätte zur Folge, dass potenzielle Investoren sich mit einer Kaufentscheidung zurückhalten. Bis Anfang September 2017 war zudem nicht klar, wie die Entscheidung der Europäischen Zentralbank bezüglich der Staatsanleihekäufe ausfallen wird. Eine restriktivere Geldpolitik hätte zur Folge, dass Mittel aus den Aktienmärkten abgezogen würden, was mögliche Übernahmeziele günstiger machen würde. Diese Erwartung dämpfte zuletzt die M&A-Aktivitäten.

Niklas Dürr, niklas.duerr@zew.de

Der **ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland** berechnet sich aus der Anzahl der in Deutschland monatlich abgeschlossenen M&A-Transaktionen. In diesem Index werden ausschließlich Fusionen und Übernahmen von und mit deutschen Unternehmen berücksichtigt. Eine Differenzierung nach dem Ursprungsland des Käufers oder Partners findet nicht statt. Das bedeutet, dass sowohl inländische als auch ausländische Käuferunternehmen berücksichtigt werden, während die Zielunternehmen in Deutschland tätig sind. Der ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland wird vom ZEW und von Bureau van Dijk auf Basis der Zephyr-Datenbank erstellt. Zephyr liefert tagesaktuelle Detailinformationen zu 1,6 Millionen M&A, IPO und Private-Equity-Transaktionen sowie Gerüchten weltweit.

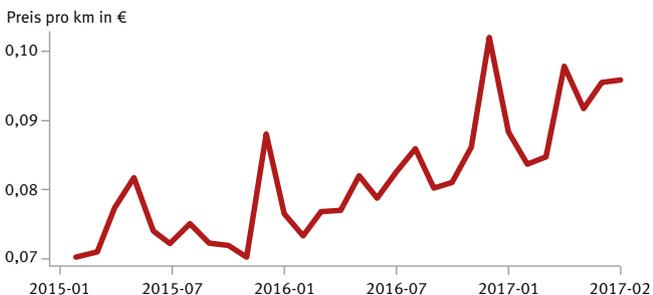


BUREAU VAN DIJK
A Moody's Analytics Company

Preise im deutschen Fernbusmarkt steigen nach Übernahmewelle

Knapp fünf Jahre nach der Liberalisierung des deutschen Fernbusmarktes haben die durchschnittlichen Preise im Anschluss an einige Fusionen, Übernahmen und Marktaustritte deutlich angezogen. So lag der durchschnittliche Preis pro Kilometer auf innerdeutschen Fahrten bei Buchung sieben Tage vor Abfahrt im Juli 2015 bei 7,2 Cent und im Juli 2017 bei 9,6 Cent – ein Anstieg von rund 33 Prozent in nur zwei Jahren.

PREIS PRO KILOMETER IM ZEITVERLAUF
(INNERDEUTSCHE FERNBUSVERBINDUNGEN)



Die Grafik zeigt die monatlichen Durchschnittspreise pro Kilometer auf innerdeutschen Fernbusverbindungen zwischen Februar 2015 und Juli 2017 bei Buchung sieben Tage vor der Fahrt. Die Berechnung erfolgte auf Basis aller unter www.fernbusse.de verfügbaren Fahrten.

Bis zur Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 1. Januar 2013 waren regelmäßige Fernbusfahrten innerhalb Deutschlands nur auf einigen Routen möglich. Seit der Gesetzesänderung werden Genehmigungen für alle Strecken über 50 Kilometer erteilt. Unmittelbar nach der Liberalisierung des Fernbusmarktes entstand ein umfangreiches Liniennetz mit verschiedenen Anbietern, die Passagierzahlen wuchsen kräftig. Anfang 2015 setzte jedoch eine Konsolidierungsphase ein, aus der Flixbus als klarer Marktführer hervorging. Mittlerweile werden mehr als 95 Prozent aller Fahrten von Flixbus durchgeführt.

Die Transaktionen, auf denen die Marktführerschaft von Flixbus basiert, unterlagen mangels Erfüllung der Umsatzschwellen in Paragraph 35 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht der Fusionskontrolle durch das Bundeskartellamt. Im Falle einer Erfüllung wäre zu klären gewesen, inwiefern etwa der Bahnverkehr Teil des relevanten Marktes wäre. Dagegen gesprochen hätte die vertikale Differenzierung zwischen den schnellen und teuren Bahnangeboten und den vergleichsweise günstigen und langsamen Busreisen.

Eine genauere ZEW-Analyse hat ergeben, dass bereits vor der Marktkonsolidierung Routen mit nur einem Anbieter teurer waren als von mehreren Anbietern angebotene Routen. Nach der Fusion stiegen die Preise auf beiden Arten von Routen etwa in gleichem Umfang und insgesamt in einer Höhe, die nicht durch höhere Kosten zu erklären sein dürfte. Vielmehr könnten die Preiserhöhungen darauf hindeuten, dass Flixbus als Sieger in einem Verdrängungswettbewerb nun einen Markteintritt von konkurrierenden Anbietern auf vielen Strecken zumindest kurzfristig als unwahrscheinlich ansieht und daher mehr Spielraum für Preiserhöhungen sieht. Flixbus erwirtschaftete nach eigenen Angaben 2016 bereits in Deutschland Gewinn und wird dies 2017 auch erstmals unter Einbezug der internationalen Aktivitäten schaffen.

Eingeschränkt wird die Marktmacht von Flixbus teils nach wie vor durch Sparpreisaktionen der Deutschen Bahn. Für manche Nutzer/innen stellen sicherlich auch das eigene Auto oder Mitfahrgelegenheiten eine Alternative dar. Laut einer Aussage von Bundeskartellamtpräsident Andreas Mundt beobachtet die Behörde jedoch die Position von Flixbus als einzig verbliebenem großen deutschen Fernbusanbieter. Bei missbräuchlichem Verhalten von marktbeherrschenden Unternehmen kann das Bundeskartellamt auch unabhängig von einer Fusion einschreiten.

Stefan Frübing, stefan.fruebing@zew.de

M&A-Aktivität bei Airlines im Sinkflug

Seit der Jahrtausendwende konnten weltweit im Durchschnitt jährlich 97 M&A-Transaktionen bei Airlines beobachtet werden. Deren zeitliche Entwicklung gleicht einer typischen Flugphase: Seit Jahresbeginn 2000 zeigte sich ein langsamer, aber stetiger Anstieg, der sich von 2007 bis 2015 bei mehr als 100 Transaktionen pro Jahr halten konnte. Im vergangenen Jahr gab es jedoch nur 86 Transaktionen und somit eine rückläufige Tendenz.

M&A im Luftverkehr haben zuletzt immer häufiger das öffentliche Interesse auf sich gezogen, insbesondere beflügelt durch den Fall der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin. In der dazu-

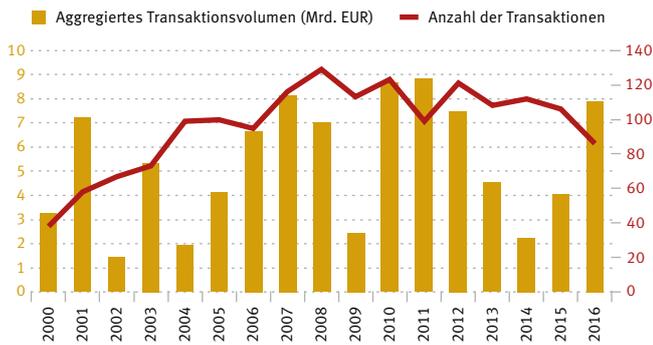
gehörigen Bieterschlacht haben neben der Lufthansa auch die Airlines Easyjet und Condor (zusammen mit Niki Lauda) Interesse an Air Berlin bekundet. Deren Gebote bezogen sich aber nur auf Teile der Airline. Der frühere EnBW-Chef Utz Claassen bot hingegen 100 Millionen Euro für die komplette Fluglinie. Letztlich kommt es aber nun zu exklusiven Verkaufsverhandlungen mit Lufthansa und Easyjet. Doch auch abseits der Fluglinien gibt es entscheidende Entwicklungen bei Herstellern und Zulieferern in der Luftverkehrsbranche. So beabsichtigt United Technologies die Übernahme des Flugzeugausrüsters Rockwell Col-



lins für 30 Milliarden US-Dollar. Letzterer hat selbst erst im April 2017 den Kabinenspezialisten B/E Aerospace für sechs Milliarden US-Dollar übernommen. Die Konsolidierung bei den

Flugzeugzulieferern bereitet insbesondere den Flugzeugherstellern Airbus und Boeing Sorge. Die zunehmende Verhandlungsmacht der Lieferanten wird sich auch auf die Airlines auswirken.

ANZAHL UND VOLUMEN DER M&A-TRANSAKTIONEN BEI AIRLINES WELTWEIT



Quelle: Zephyr Datenbank, Bureau van Dijk.

Bei den Transaktionsvolumen zeigt sich kein einheitliches Bild. Aufgrund geheim gehaltener Kaufpreise liegen nicht für alle Transaktionen Daten zum Volumen vor. Im Durchschnitt hatten die Transaktionen mit bekanntem Volumen der vergangenen 17 Jahre einen Wert von 150 Millionen Euro. Dies steht in einem starken Kontrast zu den Transaktionenwerten am oberen Ende. Mindestens 24 der mehr als 1.500 M&As seit dem Jahr 2000 umfassten mehr als eine Milliarde Euro. Die beiden größten Transaktionen mit bekanntem Kaufpreis waren die Übernahme von Trans World Airlines durch American Airlines für 4,7 Milliarden Euro 2001 und der Kauf von Virgin America durch Alaska Air für 3,8 Milliarden Euro 2016. Die größten M&As mit Beteiligung deutscher Airlines waren im Jahr 2006 die Übernahme von Thomas Cook durch KarstadtQuelle (800 Millionen Euro) und der Kauf von LTU durch Air Berlin 2007 (340 Millionen Euro).

Michael Hellwig, michael.hellwig@zew.de

Rendite im deutschen Baugewerbe treibt Fusionen und Übernahmen in der Branche

Seit 2011 verzeichnet das deutsche Baugewerbe ein stetiges Wachstum, hauptsächlich aufgrund steigender Infrastrukturmaßnahmen und verstärkten Wohnungsbaus. Gleichzeitig zeigt die Umsatzrentabilität im Baugewerbe nach Zahlen des Deutschen Sparkassen und Giroverbands (DSGV) eine Stagnation

2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
4.7%	6.8%	5.0%	5.5%	5.8%	6.1%	6.6%	6.4%	6.7%	7.0%	6.9%

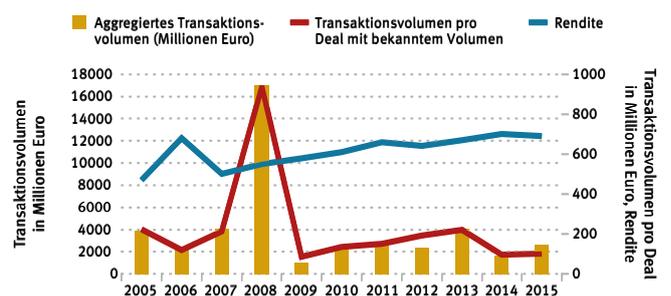
bei zirka sieben Prozent in den vergangenen Jahren (siehe Tabelle). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den M&A-Aktivitäten im deutschen Baugewerbe wider. Nach der Krise im Jahr 2008, mit einem stark erhöhten Transaktionsvolumen von M&As, zeigt sich in den Folgejahren ein paralleler Verlauf von Rendite und dem Transaktionsvolumen pro Deal von M&A-Aktivitäten. Mit dem Einbruch der Rendite 2012 zeigt sich ähnlich wie 2007 ein Anstieg des Transaktionsvolumens im Folgejahr.

Die blaue Linie in der Grafik zeigt den Verlauf der Rendite des deutschen Baugewerbes – mit zwei unterschiedlichen Reaktionen bei M&A. Einerseits führen moderate Steigerungen der Rendite zu einem moderaten Anstieg des Transaktionsvolumens, ein Anzeichen für externes Firmenwachstum. Andererseits reagieren die Transaktionsvolumina sprunghaft auf Renditeeinbrüche. Infolge der Einbrüche 2007 (1,8 Prozentpunkte) und 2012 (0,2 Prozentpunkte) stiegen die aggregierten Transaktionsvolumina der Branche auf Rekordwerte von mehr als 16 Milliarden

den Euro beziehungsweise vier Milliarden Euro im jeweiligen Folgejahr. 2014 und 2015 wirkte sich die Stagnation der Rendite eher dämpfend aus. Die Analyse bestätigt die Beobachtung, dass die Nachfragedynamik, insbesondere in den Erholungsphasen nach den Konjunkturereinbrüchen, sich auch in Firmenkäufe und Unternehmenszusammenschlüsse übersetzt. Eine deutliche Steigerung im Zinsniveau oder schlechtere Konjunkturerwartungen würden sich somit in Zukunft weiter dämpfend auswirken. Insbesondere bei stärkeren Einbrüchen wie 2015 ist es jedoch möglich, dass sich dieser Zusammenhang ins Gegenteil verkehrt und in größerem Umfang eine Marktkonsolidierung zur Übernahme von Firmen mit geringer Liquidität führen wird.

Dr. Dominik Schober, dominik.schober@zew.de
Dr. Oliver Woll, oliver.woll@zew.de

M&A-TRANSAKTIONEN IM DEUTSCHEN BAUGEWERBE



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW.



Fahrverbote für Diesel sollen die Luftqualität in Städten verbessern, wirksamer wäre allerdings eine City-Maut gegen zu viele Autos auf innerstädtischen Straßen.

Foto: ©istockphoto.com/chinaface

Kluge Verkehrspolitik ist technologieoffen

Die Diesel-Krise hat den Wahlkampf mitgeprägt und wird die Politik weiter begleiten. Wo einerseits eine europaweite Quote für Elektroautos vorgeschlagen wird, herrscht andererseits grundsätzliche Sympathie für eine verbindliche Deadline zur Abschaffung von Autos mit Verbrennungsmotoren. Aus ökonomischer Sicht gibt es jedoch bessere Wege, die Probleme des Autoverkehrs zu lösen.

Elektro-Quote, Diesel-Fahrverbote, der verbindliche Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor – fast täglich überbietet sich die Politik mit immer strengeren Forderungen. Das grundsätzliche Ziel dieser Vorstöße ist unstrittig und richtig: ein sauberer Autoverkehr, der Mensch und Umwelt möglichst wenig belastet. Aber statt Diesel zu verbieten und Stromer vorzuschreiben, sollte eine kluge Verkehrspolitik technologieoffen agieren und dabei neben Luftverschmutzung weitere negative Auswirkungen wie Lärm, Staus und Flächenverbrauch umfassend betrachten. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Probleme nur verlagert oder deren Lösungen zu teuer erkaufte werden.

Fahrverbote für Diesel sollen die Luftqualität vor allem in Städten verbessern. Beim Verbrennen des Kraftstoffs entstehen besonders viele Stickstoffoxide, die gesundheitsgefährdend sind. Nicht das einzelne Dieselauto ist aber das eigentliche Problem. Erst überfüllte Straßen und starkes Verkehrsaufkommen verursachen in urbanen Räumen eine zu hohe Konzentration an Schadstoffen. Dagegen kann man jedoch etwas tun – auch ohne gleich eine ganze Technologie zu verbannen.

Eine City-Maut als Regulierungsmaßnahme

Ein wirksames Mittel gegen zu viele Autos auf innerstädtischen Straßen ist eine City-Maut. Autofahrer müssen dann für die Straßenbenutzung zahlen. Damit entstehen Anreize, das eigene Auto stehen zu lassen. Über die Höhe der Maut lässt sich das Verkehrsaufkommen regulieren: Je höher der Preis, desto mehr Leute steigen um auf Bus, Bahn oder Fahrrad. So wird nicht nur die Luftverschmutzung verringert, sondern auch Staus und Unfällen vorgebeugt. Städte wie Singapur, London und Stockholm setzen bereits seit Jahren erfolgreich auf diesen Ansatz. Neue Informationstechnologien können dabei helfen, eine City-Maut aufkommensabhängig auszugestalten, um so ihre Lenkungswirkung zu präzisieren.

Was ist von der Idee zu halten, dass eine Quote mehr Elektroautos auf europäische Straßen bringen soll? Ersetzen die Stromer konventionelle Pkw, sinkt die lokale Schadstoffbelastung, das stimmt. Aber warum sollen sich Kunden überhaupt für ein Elektroauto entscheiden? Benziner und Diesel sind nach wie vor nicht nur preiswerter, sondern verfügen auch über ein besseres Tankstellennetz. Daran wird das ausgerufen Ziel von einer Million Elektroautos bis 2020 scheitern. Sollen Stromer attraktiver werden, braucht es einen massiven Ausbau der Ladeinfrastruktur. Nur so lässt sich die Reichweitenangst der Autokäufer, ob begründet oder nicht, besänftigen. Und nur so wird das Elektroauto konkurrenzfähig, nicht durch politisch motivierte Quoten.

Aber was ist mit dem Ausstoß von klimaschädlichem CO₂? Elektroautos helfen, den Klimawandel zu bekämpfen, so das gängige Argument. Anders als bei lokal wirksamen Schadstoffen ist es für das Klima jedoch egal, woher das CO₂ kommt. Ob aus dem Auspuff eines Autos oder dem Schornstein eines Kraftwerks spielt keine Rolle. Dieselaautos schneiden beim CO₂-Ausstoß sogar besser ab als Benziner. Selbst Elektroautos haben beim momentanen Strommix eine negative Klimabilanz. Gar nicht so einfach für Politiker, sich für eine Technologie zu entscheiden. Müssten sie aber auch nicht.

Will man Klimaschutz im Straßenverkehr sinnvoll vorantreiben, dann muss CO₂ endlich einen einheitlichen Preis bekommen. Das kann zum Beispiel über die Einbindung der Automobilbranche in den Europäischen Emissionshandel geschehen. Drei entscheidende Vorteile hätte diese Lösung: Erstens ist in diesem System die Gesamtmenge an CO₂ nach oben begrenzt, eine steigende Nachfrage nach Mobilität würde Klimaziele also nicht gefährden. Zweitens erzeugt der am Markt entstehende CO₂-Preis Anreize für emissionsarme Fahrzeuge und Kraftstoffe. Und drittens sorgt der Handelsmechanismus dafür, dass CO₂ genau dort eingespart wird, wo es die Gesellschaft am wenigsten kostet. Mit Quoten und Verboten hingegen schreibt die Politik ganz bestimmte Einsparmaßnahmen vor. Erfahrungsgemäß sind das zumeist nicht die günstigsten.

Dieser Beitrag ist zuerst am 27. August 2017 bei „Zeit Online“ erschienen unter: www.zeit.de/mobilitaet/2017-08/verkehrspolitik-diesel-skandal-fahrverbote-wahlkampf-technologie

Dr. Martin Achtnicht, M.Achtnicht@ioer.de
Dr. Martin Kesternich, martin.kesternich@zew.de

Nachgefragt: Welche Fortschritte macht Europa bei der Finanzmarktintegration?

„Eine Kapitalmarktunion kann nicht losgelöst vom Bankensektor funktionieren“

Nachdem die Europäische Kommission 2014 die Bankenunion auf den Weg gebracht hat, ist bis 2019 das Fundament für eine Kapitalmarktunion in Europa geplant, die wiederum den Kapitalbinnenmarkt verwirklichen soll. Die so konstruierte, immer tiefer gehende Integration der Finanzmärkte in Europa zielt darauf ab, das Wirtschaftswachstum zu stabilisieren, um künftige Krisen besser bewältigen zu können. Wie steht es um diese Maßgabe? ZEW-Finanzökonomin Karolin Kirschenmann sieht vor allem Baustellen beim Umgang der Politik mit zahlungsunfähigen Banken sowie bei der Entwicklung von Verbriefungsmärkten in Europa.

Welche Vorteile bieten integrierte Finanzmärkte?

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise hat gezeigt, dass es eines institutionellen Rahmens bedarf, um die systemischen Effekte solcher Krisen zu bekämpfen. Dabei sind Banken-, Fiskal- und Kapitalmarktunion drei verschiedene, aber nicht voneinander unabhängige Vorhaben, die alle das Ziel haben, die Eurozone zu stabilisieren und die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu synchronisieren. Ein zentraler Aspekt der Kapitalmarktunion liegt in der Förderung der grenzüberschreitenden Diversifikation. Zum einen sollen auch kleinere und mittlere Unternehmen einen leichteren Zugang zu Alternativen zur Bankfinanzierung erhalten, zum anderen sollen Verbriefungsmärkte gestärkt und damit eine Risikoteilung über Grenzen hinweg erleichtert werden. Länder- oder branchenspezifische Schocks können so leichter absorbiert werden und führen nicht zwangsläufig zu einer systemischen Krise.

Braucht es zunächst nicht eine schärfere Bankenregulierung inklusive umfassender Maßnahmen zur Rekapitalisierung der Geldhäuser, damit eine Kapitalmarktunion funktioniert?

Eine Kapitalmarktunion kann nicht losgelöst vom Zustand des Bankensektors funktionieren. Insgesamt hat sich die Eigenkapitalausstattung der europäischen Banken zwar schon deutlich verbessert, aber der Anteil der notleidenden Kredite besonders in den südeuropäischen Ländern ist immer noch enorm hoch. Es mangelt nicht an neuen Regulierungsvorschriften, sondern am politischen Willen in Europa, Banken zu rekapitalisieren oder abzuwickeln. Eine Abwicklung ist in einer akuten Krise schwierig, da dies wiederum negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und teils auf die Sparer hätte und eine Bankenpanik nach sich ziehen könnte. In den USA hingegen wurden Banken zu Beginn der Krise vom Staat systematisch rekapitalisiert, was dazu beigetragen hat, dass die Krise in den USA schneller endete. Allerdings darf eine staatliche Rekapitalisierung in Krisen kein Automatismus sein, da dies den Anreiz zu moralischem Risiko, zum Beispiel einer Erhöhung des Risikos, beim Bankmanagement führen könnte.

Wenn die Politik einerseits nicht willens genug ist, der Staat andererseits aber auch nicht automatisch zum Bankenretter werden soll, was tun wir dann mit maroden Geldhäusern?

Einer der Bestandteile der Bankenunion ist ein gemeinsamer Abwicklungsmechanismus samt Abwicklungsfonds. Dadurch soll eine geordnete Restrukturierung oder Liquidierung der in Schieflage geratenen Bank gewährleistet werden. Allerdings geht es dabei nicht um eine generelle Rekapitalisierung schwacher Banken mit vielen notleidenden Krediten wie im Falle der USA. Und auch die Glaubwürdigkeit dieser neu geschaffenen Institutionen hat bereits gelitten, nachdem in Italien direkt eine Ausnahmeregelung genutzt wurde, um zwei Regionalbanken mit staatlicher Hilfe abzuwickeln, ohne dass ein sogenannter „Bail-in“ der nachrangigen Gläubiger stattfinden wird.

Wie kann die Kapitalmarktunion sichere Anlageklassen garantieren?

Wenn die Verbriefungsmärkte in Europa angekurbelt werden, könnten Banken damit zum Beispiel Teile ihrer Kreditportfolios verbriefen und zu liquiden, handelbaren Wertpapieren mit mehreren Tranchen unterschiedlichen Risikos machen. Dies hätte viele Vorteile. Bankaktiva würden dadurch einen Marktpreis erhalten und Bankbilanzen transparenter werden, Banken könnten ihre Anlagen besser diversifizieren und die Abwicklung einer Bank wäre einfacher durchzuführen. Obwohl hier inzwischen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen wurden, haben sich solche Märkte bisher nicht nennenswert entwickelt. In einem geplanten Projekt wollen wir uns am ZEW damit beschäftigen, welche Anreize gesetzt werden müssen, um das Ziel vitaler Verbriefungsmärkte zu erreichen. Natürlich dürfen dabei auch nicht die Risiken von Verbriefungen außer Acht gelassen werden, denn eine unregulierte, undurchsichtige Verbriefungspraxis war einer der Auslöser der Finanzkrise.

“



Dr. Karolin Kirschenmann

ist stellvertretende Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Banking und globale Finanzintermediation. Dabei beschäftigt sie sich aktuell mit der Verflechtung von Banken in Europa und deren Auswirkungen auf die Ausbreitung von Krisen über Ländergrenzen hin-

weg sowie deren Folgen für die Kreditvergabe von Banken und für die Realwirtschaft. Neben ihrer Forschungstätigkeit ist sie regelmäßig als externe Gutachterin für die KfW Entwicklungsbank tätig.

karolin.kirschenmann@zew.de

ZEW präsentiert sich erfolgreich bei der EEA-ESEM-Konferenz 2017



An der diesjährigen EEA-ESEM nahmen 1.300 Ökonomen/-innen teil.

Das ZEW hat sich auch in diesem Jahr bei der mittlerweile 32. Jahreskonferenz der European Economic Association (EEA) an der Universität Lissabon erfolgreich präsentiert. Zeitgleich zur EEA fand die 70. Europäische Jahrestagung der Econometric Society (ESEM) statt. An den fünf Veranstaltungstagen der EEA-ESEM 2017 stellten die teilnehmenden ZEW-Wissenschaftler/innen in insgesamt fünf Vorträgen und zwei Postersessions aktuelle Forschungsergebnisse aus den Themenbereichen Arbeitsmarkt, Marktdesign, Wettbewerb und Unternehmensbesteuerung vor. Die ZEW-Vorträge befassten sich unter anderem damit, wie Mindestlöhne die Solo-Selbstständigkeit erhöhen, ob das Suchverhalten von Kunden/-innen die Strompreisgestaltung der Anbieter beeinflusst und wie sich Bieter bei einer Erstpreisauktion bei geringer Information zur Schätzung anderer Bieter verhalten. Neben den wissenschaftlichen Vorträgen war das ZEW mit einem Informationsstand vor Ort vertreten. Dort konnten die Teilnehmer/innen der Konferenz einen Überblick über Karriere- und Weiterbildungschancen,

Ergebnisse der Forschungsarbeit und Kooperationsmöglichkeiten am ZEW erhalten. Die EEA zählt derzeit mehr als 3.500 Mitglieder und veröffentlicht sechsmal pro Jahr das renommierte Journal of the European Economic Association (JEEA). Die jährliche EEA-Tagung bietet regelmäßig eine Plattform für wirtschaftswissenschaftlichen Austausch und Diskussionen. Auch im nächsten Jahr wird das ZEW wieder an der Ökonomen-Tagung teilnehmen, die dann an der Universität Köln stattfinden wird.

ZEW bei der VfS-Jahrestagung 2017 stark vertreten

Das ZEW war bei der diesjährigen Tagung des Vereins für Socialpolitik (VfS) an der Universität Wien stark vertreten. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEW brachten sich dabei mit insgesamt 18 Vorträgen ein. Die Vorträge befassten sich unter anderem mit der Frage, welche Regeln Korruption in der öffentlichen Beschaffung verhindern können, ob Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad in Krisenzeiten widerstandsfähiger sind als andere und wie Rezessionen die Beschäftigung in Start-Up Unternehmen beeinflussen. Während einer vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) organisierten Panel-Diskussion präsentierte ZEW-Ökonom Dr. Martin Hud das

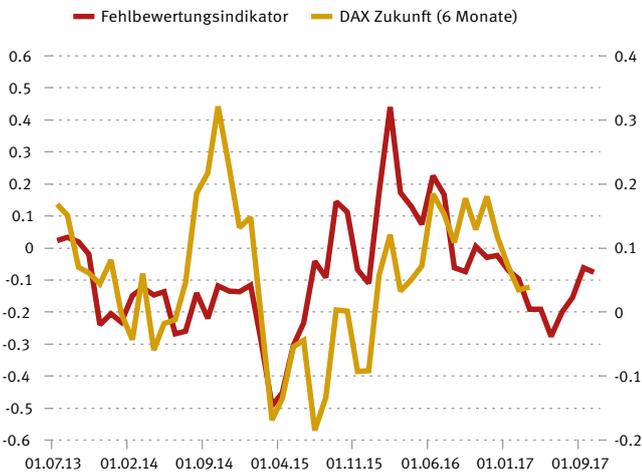
Angebot an Forschungsdaten des ZEW und informierte insbesondere über die Konjunkturumfrage Informationswirtschaft und das Mannheimer Innovationspanel (MIP). Neben den wissenschaftlichen Vorträgen war das ZEW mit einem eigenen Stand vor Ort. VfS-Teilnehmer/-innen informierten sich hier über Forschung, Publikationen, Veranstaltungen sowie Karrieremöglichkeiten am ZEW. Die diesjährige Konferenz, die von rund 800 Teilnehmer/innen besucht wurde, beschäftigte sich mit dem Thema „Alternative Geld- und Finanzarchitekturen“. ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D., hatte im Januar 2017 den Vorsitz des VfS für die Dauer von zwei Jahren übernommen.

ZEW-Seminarprogramm 2017/18 erschienen

Das neue ZEW-Seminarprogramm ab September 2017 bis Juni 2018 ist erschienen – mit einem erweiterten Angebot. So stellt beispielsweise das Seminar zu virtuellen Präsentationen die aktuellsten und wichtigsten Methoden der Kommunikation im virtuellen Raum vor. Das ZEW bietet damit wissenschaftlich fundierte Weiterbildungsangebote an, die sich an Fach- und Führungskräfte aus allen Bereichen wenden. Einen besonderen Schwerpunkt des ZEW-Weiterbildungsangebots bilden die Expertenseminare, bei denen kompetent und praxisnah ökonomisches Grundlagen- und Aufbauwissen sowie Schlüsselqualifikationen im Bereich der Soft Skills vermittelt werden. Das fachliche Know-how und die Methodenkompetenz der Referenten/-innen sowie die Nähe zu aktuellen Themen sichern einen effizienten Wissenstransfer. So wird dieses Jahr zum ersten Mal ein Seminar zur Anwendung geographischer Informationssysteme angeboten, in dem die Grundlagen zur Arbeit mit räumlichen Daten erläutert und praxisnah angewandt werden. Neben den Expertenseminaren werden auch speziell auf Organisationen zugeschnittene Inhouse-Seminare und Trainings angeboten. Das Seminarprogramm findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/seminare/seminare.pdf>



Finanzmarktexperten erkennen zuverlässig Fehlbewertungen des DAX

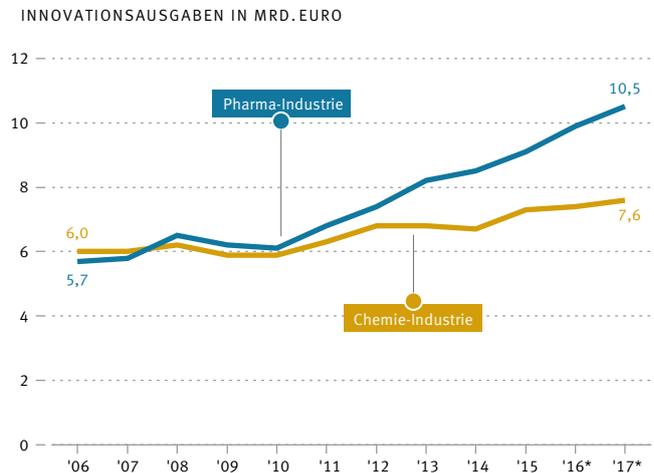


Quelle: ZEW

Die ZEW-Finanzmarktexperten/-innen können auf Basis von Fundamentaldaten gut die mittelfristige DAX-Entwicklung prognostizieren. Das zeigt eine monatliche Auswertung zur DAX-Entwicklung der vergangenen vier Jahre. Zu Zeiten, in denen die Experten/-innen auf Abweichungen des DAX vom Fundamentaltwert hinwiesen, konnte im Anschluss tatsächlich eine mittelfristige Korrektur des DAX-Wertes beobachtet werden. Die Abbildung stellt den Fehlbewertungsindikator der prozentualen realen Veränderung des DAX in den darauffolgenden sechs Monaten gegenüber. Halten die Experten/-innen den Markt für über- oder unterbewertet, lässt sich häufig in den darauffolgenden sechs Monaten eine entsprechende Korrektur feststellen. Insgesamt liegt die Korrelation zwischen der Experteneinschätzung und der tatsächlichen halbjährlichen DAX-Entwicklung bei 0,36. Auf Sicht von zwölf Monaten fällt sie mit etwa 0,60 noch deutlich höher aus.

Dr. Zwetelina Iliewa, zwetelina.iliewa@zew.de

Pharmaindustrie hängt Chemie bei Innovationsausgaben ab



Die Werte für 2016 und 2017 basieren auf Planangaben und Erwartungen der Unternehmen.

Quelle: ZEW

Die Innovationsausgaben der Chemie- und Pharmaindustrie in Deutschland sind im Jahr 2015 im Vorjahresvergleich um 1,1 Milliarden Euro gestiegen und haben mit insgesamt 16,3 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert erreicht. Die Innovationsausgaben der Pharmaindustrie haben jüngst deutlich zugelegt. Im Jahr 2015 gaben die Unternehmen 9,1 Milliarden Euro für die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Prozesse aus. Bis zum Jahr 2017 sollen die Innovationsbudgets auf 10,5 Milliarden Euro ausgeweitet werden. Die aktuelle Entwicklung ist damit deutlich dynamischer als in der „Schwesterbranche“ Chemieindustrie. Dort erreichten die Innovationsausgaben 7,3 Milliarden Euro im Jahr 2015 und sollen bis 2017 leicht auf 7,6 Milliarden Euro anwachsen. Nachdem sich die Innovationsbudgets der beiden Branchen von 2006 bis 2012 auf fast gleichem Niveau sehr ähnlich entwickelt haben, hat die Pharmabranche in den vergangenen Jahren nun deutlich abgehängt.

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de



MaCCI-Konferenz zu Big Data

Das ZEW und die Universität Mannheim veranstalten gemeinsam am 6. und 7. November 2017 in Mannheim die siebte MaCCI Law and Economics Conference zum Thema „Big Data“. Ziel der Konferenz ist es, den Austausch zwischen Ökonomen/-innen und Juristen/-innen aus akademischer Forschung und Praxis zu fördern. Die Veranstaltung soll eine Plattform zur Verbreitung aktueller Forschungserkenntnisse im Bereich der Wettbewerbs-, Regulierungs- und Innovationspolitik bieten. Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA2412

ZEW Lunch Debate in Brüssel

Wie kann Europa das Potenzial von Business Angels-Investitionen optimal ausschöpfen? Und sind Business Angels im Allgemeinen ein geeignetes Instrument zur Förderung von Innovationsstätigkeiten und Start-ups in Europa? Diese und weitere Fragen werden bei der nächsten ZEW Lunch Debate zum Thema „On Angel’s Wings: Can Business Angels Stimulate European Innovation?“ am 22. November 2017 in der Brüsseler Vertretung des Landes Baden-Württemberg diskutiert. Teilnahme nur auf Einladung. Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA2375



Foto: ZEW

Aufholjagd 4.0 – auch im öffentlichen Sektor

Alle Parteien haben die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in ihren Wahlprogrammen beschworen. Das ist gut so. Unter den Schlagworten Industrie 4.0, Digital Hubs und dem

Ruf nach einem schnelleren Breitbandausbau soll das Tempo des digitalen Wandels in den Branchen und Betrieben forciert werden. Doch jeder kehre auch vor seiner Tür. Denn beim Stand der Digitalisierung in den Bereichen mit staatlichem Gestaltungsauftrag besteht in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern großer Aufholbedarf.

So liegt Deutschland beim E-Government, also der Digitalisierung im öffentlichen Bereich, in internationalen Vergleichen allenfalls im Mittelfeld, weit hinter Ländern wie Großbritannien, Australien, Dänemark oder Estland, das für E-Government als Vorzeigeland gilt. Dort kann man zum Beispiel ein Unternehmen innerhalb weniger Stunden online anmelden. Das ist möglich, da die digitale Unterschrift dort rechtswirksam ist und dank verschlüsselter Übertragung auch als sicher gilt. In Großbritannien kann man die Verlängerung seines Reisepasses komplett online abwickeln. In Deutschland sind für viele Verwaltungsangelegenheiten noch Papieranträge und Behördengänge nötig.

Damit Deutschland bei E-Government nicht noch weiter zurück fällt, ist ein Kulturwandel in den Behörden nötig. So fordert der Normenkontrollrat eine neue Qualität und verbindlichere Form der föderalen Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen, um Hindernisse bei der Implementierung digitaler Lösungen über Verwaltungsgrenzen hinweg zu überwinden.

Auch die Digitalisierung im Gesundheitswesen, das durch den Staat auf vielfältige Art geprägt wird, ist stark ausbaufähig. Eine ZEW-Studie zeigt, dass das Gesundheitswesen der einzige Sektor in Deutschland ist, der im Jahr 2017 noch niedrig digitalisiert ist. Das ist bitter. Denn die Digitalisierung von Prozessen im Gesundheitswesen und der Einsatz digitaler Technologien zur medi-

zinischen Versorgung, beispielsweise die Telemedizin, können Herausforderungen wie Kostendruck, Fachkräftemangel und demographischen Wandel mildern. Andere Länder sind bei der Implementierung schon viel weiter. In den nordischen Ländern, den Niederlanden oder Großbritannien gibt es das digitale Arztrezept fast schon flächendeckend, während es in Deutschland bisher nur vereinzelt in Krankenhäusern eingesetzt wird. Immerhin ist die Online-Sprechstunde nach einem persönlichen Erstkontakt zwischen Arzt und Patient seit Juli 2017 in Deutschland eine kassenärztliche Regelleistung. In Großbritannien oder der Schweiz sind Online-Sprechstunden bereits seit vielen Jahren möglich.

Bei diesem Strukturwandel kommt insbesondere den Krankenkassen eine wichtige Rolle zu. Sie sollten eigentlich im Wettbewerb untereinander die Digitalisierung als Chance ergreifen, bessere Leistungen anzubieten, um für die Versicherten attraktiver zu werden. Dem ist nicht so. Die Wettbewerbsdefizite im Gesundheitssektor, wie das aktuelle Sondergutachten der Monopolkommission zeigt, sind mannigfaltig. Hier hat der Gesetzgeber in der nächsten Legislaturperiode einiges zu tun.

Die nächste Bundesregierung darf es nicht dabei belassen, die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu fordern, sondern sie muss digitale Lösungen auch konsequent in den Bereichen, die ins staatliche Aufgabengebiet fallen, voranbringen und umsetzen. Erfolgreiche Beispiele aus anderen Ländern gibt es zuhauf. Die Aufholjagd 4.0 muss beginnen.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail gunter.grittmann@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail felix.kretz@zew.de
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail sabine.elbert@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2017 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft